

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Alles in der Schwebe.

### Gerüchte über Reichstagsvertagung.

Die Frage der Regierungsbildung im Reiche war bis in die Mittagsstunde in keiner Weise vorwärts gekommen, da der Reichstanzler und die Parteien abwarten wollen, wie die Entscheidung in Preußen fällt, und da die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages, von deren Entscheidung die weitere Entwicklung der Dinge in Preußen abhängt, zurzeit noch tagt.

Einstweilen beschäftigen sich die Reichstagsfraktionen lediglich mit der Wahl des Reichstagspräsidenten, die in der Plenarsitzung des heutigen Nachmittags erfolgt. Die Aussichten für Paul Löbe erscheinen nach den letzten Meldungen sehr günstig. Grundsätzlich ist das Zentrum fast einstimmig bereit, für den Kandidaten der stärksten Fraktion, also für Löbe, zu stimmen, einzelne Mitglieder des Zentrums würden es allerdings aus taktischen Gründen vorgeziehen, falls die Wahl Löbes nicht gleich im ersten Wahlgang gesichert wäre, für einen eigenen Mann zu stimmen.

Die Zentrumsfraktion ist um 1 Uhr noch einmal zusammengetreten, um ihre Haltung auf Grund der Beschlüsse der anderen bürgerlichen Parteien endgültig festzulegen. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei hatte der Fraktion empfohlen, für Löbe zu stimmen, doch kam die Fraktion schließlich mit der Mitteilung heraus, daß sie für einen eigenen Kandidaten, nämlich Kardorf, zu stimmen beabsichtigt.

Die Bayerische Volkspartei hat in ihrer Fraktionsitzung beschlossen, ihren Mitgliedern die Abstimmung freizugeben,

aber man glaubt allgemein, daß die Mehrzahl von ihr ebenfalls für Löbe stimmen wird. Die Entscheidung der Wirtschaftspartei und der mit ihr verbündeten Gruppen ist für die Wahl Löbes ausgefallen.

Ein Nachrichtenservice verbreitet heute die Meldung, daß die Absicht bestehe, den Reichstag heute schon zu vertagen, damit die Regierung endlich freie Hand bekomme. Ein Überwachungs Ausschuss solle eingesetzt werden, der die Kontrollaufgaben des Reichstags zu erfüllen habe.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist in der zweiten Mittagsstunde zusammengetreten und hat u. a. zu den mit Bestimmtheit aufgetauchten Gerüchten über eine bevorstehende Vertagung des Reichstags infolge der Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung Stellung genommen. Die Fraktion war einstimmig der Auffassung, daß gegen jeden Versuch, den Reichstag wieder zu vertagen, auf das schärfste Einspruch erhoben werden müßte.

III. meldet:

Der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, ist im Verlauf der Bemühungen um die Neubildung des Kabinetts vom Reichstanzler Marx wiederholt gebeten worden, auch im neuen Kabinett auf dem Posten des Innenministers zu verbleiben. Dr. Jarres hat dieser Bitte des Reichstanzlers nicht entsprechen können, weil er sich verpflichtet fühlt, seinen Oberbürgermeisterposten in Duisburg wieder zu übernehmen, nachdem ihn die Befähigungsbehörde zu diesem Amt wieder zugelassen hat.

Lösung. Vom Konsulatswesen ist in diesem Abkommen überhaupt nicht die Rede. Dadurch wäre Deutschland jeder konsularische Schritt in Frankreich einstellend unmöglich.

## Italien unter Druck.

### Den Faschisten ist Mussolini nicht gemein genug.

Rom, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die von Mussolini für die nächsten 48 Stunden angekündigten Kampfmaßnahmen gegen die Opposition sind nicht in dem Maße eingetroffen, wie es erwartet wurde. Infolgedessen blickt man in der Oppositionssphäre auf das Ultimatum von 48 Stunden bereits mit einer leichten Ironie zurück, während die Faschisten offen ihre Mißachtung gegenüber Mussolini in Wort und Schrift zum Ausdruck bringen. Die Faschisten haben mit Bestimmtheit die Aufhebung der Immunität der oppositionellen Abgeordneten bzw. die Auflösung des Parlaments und im Anschluß daran die Verhaftung der gesamten Oppositionsmitglieder erwartet. Bezeichnend sind folgende Ausführungen des Organs der sogenannten „integrierten“ Faschisten am Dienstag:

„Wenn der Faschismus nur mit den Methoden dieser Tage fortfahren sollte, d. h. eine reaktionäre Polizeiwirtschaft als eine revolutionäre Handlung hinstellen wollte, würde er ganz einfach zum Ausgangspunkt zurückkehren. Der Faschismus würde sich das nicht gefallen lassen. Er würde sich wieder an die Provinzverbände wenden, damit er nicht noch einmal das Opfer des antifaschistischen Betrugs der sogenannten Normalisation des Landes würde.“

## Zusammenschluß aller Antifaschisten.

Rom, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl vorauszusehen war, daß Mussolini an Stelle der drei aus dem Kabinett ausgeschiedenen liberalen Minister Parteigänger des Faschismus berufen und damit ein rein faschistisches Kabinett bilden werde, hat die Ernennung der neuen faschistischen Minister bei der gesamten Opposition den Eindruck ausgelöst, daß es nunmehr höchste Zeit ist, dem gemeinen Faschismus die vereinten Kräfte aller anderen Parteien entgegenzusetzen. Zwischen den Liberalen, der katholischen Volkspartei und den Sozialisten haben sofort Verhandlungen über den formellen Zusammenschluß zu einer gemeinsamen Opposition eingeleitet. Trotz der Schwierigkeiten, die bei der Vereinigung dieser drei Parteien zu einer Koalition bestehen, scheint es gemäß, daß diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen. Der Betreuer der Liberalen Partei, der ehemalige Ministerpräsident Giolitti, wird als Führer der Opposition in Aussicht genommen. Giolitti selbst ist grundsätzlich bereit, sich an die Spitze der antifaschistischen Parlamentsparteien zu stellen, er macht jedoch zur Bedingung, daß mindestens 150 Abgeordnete der Opposition bereit sind, ins Parlament zu gehen und ihren Standpunkt aufzugeben, das Parlament durch Abwesenheit zu boykottieren. Salandra unterstützt diese Wünsche Giolittis. Vorläufig widerstreben einzelne Gruppen noch dem Gedanken eines Niedererschließens im Parlament. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie schließlich diese Auffassung aufgeben. Für diesen Fall würde in der Kammer eine geschlossene Opposition von 191 Abgeordneten aufzutreten. Das ist zwar eine Minderheit, die aber äußerst stark ist.

## Wiedereinberufung der Kammer.

Rom, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat am Dienstag beschlossen, die am Sonnabend auf sechs Monate vertagte Kammer bereits am 12. Januar wieder zusammenzurufen zu lassen.

## Die Verisogungen.

Rom, 7. Januar. (W.T.B.) Nach dem „Messaggero“ werden in den Provinzen Florenz und Perugia die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von Anhängern der Opposition, besonders von Mitgliedern der Italia Libera und der Irredimurerei fortgesetzt.

## Wann kommt die Räumung?

### Was Köln sagt.

Aus Köln wird uns geschrieben:

Am kommenden Sonntag werden alle in Köln vertretenen Parteien die Bevölkerung zu großen Einspruchskundgebungen gegen die Verlängerung der Besetzung aufrufen. Eine gemeinsame Kundgebung ist nicht zustande gekommen. Die Sozialdemokratie hat abgelehnt, mit Parteien zu demonstrieren, die ihr seit Monaten Unzuverlässigkeit in nationalen Fragen vorwerfen. Die Sozialdemokratie hält gemeinsame Kundgebungen auch deshalb für verfehlt, weil sie nicht den Eindruck aufkommen lassen will, als habe sie außenpolitisch mit den Deutschnationalen und dem führenden Blatte der Deutschen Volkspartei im Rheinlande, der „Kölnischen Zeitung“, etwas gemein. Dabei muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Deutschnationale und Deutsche Volkspartei in der Kölner Zone wie auch im übrigen besetzten Gebiet nur von geringer Bedeutung sind. In der Kölner Zone liegt die politische Führung der Massen in Stadt und Land bei der Zentrumspartei und bei der Sozialdemokratie. Gegenüber den aufgeregten und bis zu Schimpereien sich steigenden nationalistischen Stimmen aus dem Reiche ist zu sagen, daß die Bevölkerung des Kölner Bezirks und des übrigen besetzten Gebietes die Räumungsfrage mit ruhiger Entschlossenheit und fester Würde behandelt. Dabei sind wir nicht geneigt, von Deutschlands Rechten etwas auszugeben. Die Kölner Sozialdemokratie war die erste Partei, die von dem Kölner Oberbürgermeister den Zutritt zur Stadtverordnetenversammlung zu einer Einspruchskundgebung verlangt hat. Diese Tagung der Stadtverordneten wird noch im Laufe dieser Woche stattfinden.

Die öffentliche Meinung im Rheinlande, auch in der Arbeiterklasse, empfindet die Begründung der Richtdrängung Kölns durch die Alliierten als eine der im Diplomatenspiel üblichen Heucheleien. Uns, die wir täglich die gewaltigen militärischen Kräfte der Entente vor uns sehen, uns, denen man immer wieder in Paraden und Übungen die Bereitschaft der fremden Militärmächte vorführt, uns, die wir jahrelang beobachtet konnten, wie man das besetzte Gebiet zu einem Aufmarschgelände umwandelte, kann man nicht einreden, daß sich Frankreich, England und Belgien in der Tat gegenwärtig von deutschen Rüstungen bedroht fühlen. Es würde aber im Rheinlande, und zwar nicht nur bei der Sozialdemokratie, sondern ebenso sehr in den Zentrumskreisen und bis weit in die Parteien der Rechten große Enttäuschung erregen, wenn sich die Behauptungen der Alliierten über ein Krümper-System der Reichswehr, über neuwertige Waffenlager und über Verstärkungen in der Herstellung von Kriegsmaterial bewahrheiten sollten.

Nicht, weil wir diese Spielereien für eine ernste Bedrohung Westeuropas halten, sondern weil diese Dummheiten den willkommenen Anlaß zu einer Verlängerung der Besetzung abgeben. Ist genug haben wir vor solchen militärisch wertlosen und politisch unmäßig dummen Maßnahmen gewarnt, die nur zum Unheil der besetzten Gebiete ausschlagen müssen. Kein Bevölkerungsanteil im Rheinlande, die Deutschnationalen eingeschlossen, verspürt Lust, sein Land und seine Arbeitsstätten zu einem „Befreiungskrieg“ herzugeben, und schon die Phantasie eines solchen Wahnwahns sind uns zuwider. Nicht geringen Eindruck haben die Enthüllungen des britischen Generals Morgan über seine Beobachtungen als Kontrolloffizier in Deutschland gemacht. Man erwartet, daß die Reichsregierung diese Behauptungen scharf und überzeugend widerlegt. Ueberhaupt würden wir es dankbar empfinden, wenn die deutsche Außenpolitik im Einklang mit dem Reichswehrministerium allen Nachrichten über deutsche Rüstungen rascher und klarer entgegenzutreten würde als bisher. Wir hoffen, daß sie es überzeugend kann.

Das Wichtigste für uns aber sind nicht Beschuldigungen auf der einen und Protestnoten auf der anderen Seite, auch nicht völkerrechtliche Disputationen über die Auslegung des Versailles Vertrages, sondern wir fragen die Reichsregierung: „Wie tönt ihr uns am schnellsten von der Besetzung befreien?“

Da haben wir nun nicht recht den Glauben, daß dies auf die bisherige Art so bald möglich ist, wie wir wünschen. Wenn die anderen heucheln, bei der völkerrechtlichen Schwäche ihres Standpunktes vielleicht heucheln müssen, brauchen wir es doch nicht zu tun. Wir meinen, gerade diesmal wäre die deutsche Stellung am stärksten, wenn die Regierung über die Tagesproteste hinaus Politik triebe auf dem Boden lauterer Wahrheit. Dazu gehört zuerst, daß sie entweder die Beschuldigungen über militärische Vorbereitungen überzeugend widerlegt oder schnellstens und ohne Winkelzüge alles preisgibt, was gegen die nun einmal vorhandenen Vertragsbestimmungen wirklich verstößt. Dazu gehört ferner, daß die Reichsregierung ausgeht von dem, was im Rheinlande seit Monaten jedes Kind sich sagt: Die Kölner Zone wird, wie Tatsachen und Machtverhältnisse nun einmal liegen, nicht eher geräumt werden als die Sanktionsgebiete Düsseldorf und Duisburg und das Ruhrland.

Unser Vorwurf an die deutsche auswärtige Politik ist, daß sie anscheinend zugunsten eines gewiß wichtigen Buchstabensrechts die praktisch-politische Vorbereitung einer unvermeidlichen Kompromißlösung versäumt hat. Zehnmal zugegeben, daß die Alliierten im Unrecht sind, zehnmal zugestanden, daß man uns, den Ohnmächtigen, wieder einmal

## Die Abreise Trendelenburgs.

### Er bringt französische Vorschläge nach Berlin mit.

Paris, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Abreise des Staatssekretärs Trendelenburg nach Berlin, die auf Wunsch der deutschen Regierung erfolgt ist und in einer am Dienstagabend in Paris ausgegebenen amtlichen Mitteilung mit dem Wunsch nach einer persönlichen Aussprache über den französischen modus-vivendi-Vorschlag und über die im letzten Abschnitt der Verhandlungen aufgetretenen Schwierigkeiten begründet wird, wird hier als Bestätigung dafür genommen, daß Deutschland nach einem Vorwand zum Abschluß der Verhandlungen suche. Eine Mitteilung des französischen Handelsministeriums an die Presse betont zwar, daß die deutsche Delegation in den zahlreichen Besprechungen niemals auch nur mit einem Wort die Beratungen über den Handelsvertrag mit der Angelegenheit der Kölner Zone in Zusammenhang gebracht habe. Trotzdem hält die Pariser Presse noch an ihrer Behauptung fest, daß Deutschland seine Trümpfe auf wirtschaftlichem Gebiet zu einem Druck auf Frankreich bei der Regelung des Problems von Köln benutzen wolle. (Dies wird in Berlin amtlich auf das entschiedenste zurückgewiesen. Red. d. „V.“)

Staatssekretär Trendelenburg hat vor seiner Abreise nach dem französischen Handelsminister die Hoffnung ausgesprochen, daß es ihm möglich sein werde, bereits am Freitag wieder in Paris zurück zu sein und eine endgültige Antwort auf den französischen Entwurf eines provisorischen Abkommens mitzubringen. Der Handelsminister hat ihm drei Denkschriften über diejenigen Punkte, auf die Frankreich den Hauptwert legt, überreicht. Das erste Schriftstück enthält die Forderung, daß für die Uebergangsperiode Elsass-Lotharingen ein freies, wenn auch gegenüber dem jetzigen Zustand vermindertes Einfuhrkontingent in Deutschland eingeräumt werden soll, und zwar für Weine, Textilwaren und verarbeitetes Eisen. In der zweiten Denkschrift werden die Maximalzölle vorgeschlagen, die Frankreich für seine Eisenindustrie anzunehmen in der Lage wäre, und das dritte Schriftstück enthält eine Liste derjenigen Produkte, für die Frankreich eine Herabsetzung der augenblicklich geltenden Zölle verlangt; die deutsche Regierung wird aufgefordert, Gegenvorschläge zu machen.

Offiziös verlautet: Der der deutschen Delegation in Paris von der französischen Regierung überreichte Entwurf eines dreimonatigen Provisoriums zur Regelung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen ist mit seinen 43 Artikeln ein regelrechter Handelsvertragsentwurf. Die Franzosen setzen sich darin die Möglichkeit beliebiger Verlängerung über drei Monate hinaus. Alles was sie in handelspolitischer Hinsicht erreichen wollen, haben sie darin erschöpft. Der Entwurf zerfällt in zwei Teile: Einen mehr handelspolitischen und einen zweiten, der sich auf das internationale Wirtschaftsrecht bezieht. Die gegenseitige Weisbegünstigung wird nicht hergestellt. Das Recht der zollfreien Einfuhr in das Saargebiet fällt fort. Die Franzosen verlangen die zollfreie Verlängerung der elsass-lothringischen Kontingente in voller Höhe. Außerdem verlangen sie Bindung der deutschen Zölle. Durch das Provisorium würde das Saargebiet völlig seinem Schicksal überlassen.

Diesen Forderungen steht als französische Gegenleistung gegenüber, daß sie ihren Minimaltarif für eine gewisse Anzahl von Waren anbieten. Für eine zweite Liste von Waren werden Zwischenzölle angeboten, die zwischen dem Minimal- und dem Generaltarif liegen. Es wird jedoch nicht gesagt, welche Waren unter diese zweierlei Zölle fallen. Frankreich verpflichtet sich nicht, diese Zölle überhaupt beizubehalten. Sie gelten für die jeweiligen Sätze des französischen Zolltarifs, d. h. Frankreich kann sowohl seinen Minimaltarif wie auch die Zwischenzölle jederzeit erhöhen. Umgekehrt verlangt man von Deutschland nicht nur die volle Weisbegünstigung und Bindung der Zölle. Der zweite Teil des Provisoriums bezieht sich auf die handelspolitischen Rechtsverhältnisse. Der Grundgedanke gegenseitiger Weisbegünstigung ist zwar gewahrt. Alle diejenigen Fragen jedoch, an denen Deutschland ganz besonderes Interesse hat, erfahren eine gänzlich unbeschränkende

Gewalt antut, was ist denn erreicht durch unser Abwarten bis zu dieser Stunde? Niemand wird glauben, daß in den nächsten Tagen bis zum 10. Januar Köln vielleicht doch noch geräumt werde. Der Abbruch der Befehlsgewalt wird in jeder Zone monatelang in Anspruch nehmen. Wir vergeben uns nichts, wenn wir unter Wahrung unseres Rechtsstandpunktes ein äußerstes Ziel für die Räumung Kölns zu erreichen suchen, wie es auf der Londoner Konferenz für die Räumung des Ruhrgebietes erzielt worden ist. Man weiß doch übrigens, daß schon in London die deutsche Abordnung erfahren hat, es werde nur eine gemeinsame Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebietes möglich sein. Uns scheint alles darauf anzukommen, daß nicht etwa durch eine nationalpolitische Gefühlspolitik, die innerpolitischen Schwierigkeiten ausweichen will, eine europäische Spannung geschaffen wird, die nicht nur die Kölner Zone einer verlängerten Befragung ausliefert, sondern auch eine Gefahr für die baldige Räumung des Ruhrgebietes bedeutet. Die rechtzeitige Räumung Kölns ist veräußert, mußte vielleicht nach dem Willen der Gegenseite veräußert werden. Spielen wir nun nicht die Gefährten und Verführer. Das besetzte Gebiet in der gewaltigen Mehrheit seiner Bevölkerung mahnt das übrige Reich, dem es unter allen Umständen die Treue halten wird, zur Vernunft. Wir gehören zur deutschen Nation, aber neun Zehntel der Rheinländer wollen von deutsch-nationaler Parteipolitik nichts wissen. Sie halten diese für die größte außenpolitische Gefahr.

## Die schöne Erinnerung.

Die „Zeit“ kommentiert v. Richter.

Die Abschiedsrede, die Herr v. Richter gestern im preussischen Kabinett gehalten hat, steht sich wie eine einzige Anklage gegen die Politik der Volkspartei. Der bisherige preussische Finanzminister verwies auf die mehr als dreijährige erfolgreiche Arbeit der Regierung, rühmte die Ehrlichkeit und Loyalität des Ministerpräsidenten und sprach mit einer zerknüllten Träne im Auge, von der „schönen Erinnerung“, die ihm und seinem Kollegen Boelz die Mitarbeit mit Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ewig bleiben werde.

Herr v. Richter hätte diese Rede nur im Landtag halten müssen, um der von ihm geliebten Regierung eine gewaltige Mehrheit zu sichern. Aber gerade das will er nicht, er will im Gegenteil diese Regierung stürzen, bevor sie auch nur vor das Parlament treten kann.

Gibt es etwas Berrückteres auf der Welt, als solche „Politik“?

Die „Zeit“, das Organ der Volkspartei, sieht die Wirkungen der Richter-Rede voraus und versucht, sie kommentierend zu mildern:

Es ist selbstverständlich, daß der Austritt der beiden Minister Dr. v. Richter und Dr. Boelz aus dem Kabinett keine Demonstration gegen die Politik bedeutet, an der die Deutsche Volkspartei im alten preussischen Landtage verantwortlich beteiligt war. Daß es sich darum nicht handeln kann, ist auch von dem Fraktionsvorsitzenden Dr. v. Campe wiederholt Ausdruck gegeben worden. Nur braucht das, was für die Vergangenheit richtig war, unter veränderten Verhältnissen nicht mehr für die Gegenwart und Zukunft als das allein Richtige zu gelten.

Die Volkspartei hat bisher nicht gezeigt, was sie für die Zukunft „Richtigeres“ schaffen kann. Sie hat durch ein ähnliches Manöver die Regierung März zum Rücktritt gezwungen, als aber der Reichspräsident Herrn Stresemann mit der Kabinettsbildung beauftragte, lehnte er ab. Wochenlang blieb deshalb das Reich ohne aktionsfähige Regierung. Jetzt soll auch in Preußen eine ausweglose Krise geschaffen werden — und warum? Etwa weil die bisherige Regierung so schlecht war, daß die Volkspartei sagen mußte: „Lieber das Chaos als so eine Regierung!“ Rein

doch, die bisherige Regierung ist nach dem Zeugnis der Volkspartei Muster und Vorbild aller staatsmännlichen Tugenden! Und darum — nieder mit ihr!

Deutsche Politik! Deutsche Bürgerpolitik!

## Kampf für Amnestie!

Ober Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Die Kommunisten wissen genau, daß sie ihre Gefangenen nicht mit Gewalt befreien können, sondern daß zu diesem Ziel nur der Weg der Befreiung offensteht. Sie kennen die Mehrheitsverhältnisse im neuen Reichstag, also müssen sie wissen, daß sie allein gar nichts ausrichten können und daß auch die Sozialdemokratie noch lange nicht alles durchsetzen kann, was sie für richtig hält.

Käme es also den Kommunisten darauf an, praktisch etwas zu erreichen, so müßten sie die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf diesem Gebiet unterstützen. Statt dessen bleiben sie bei der Taktik, die Sozialdemokratie für alles, was ihnen nicht gefällt, verantwortlich zu machen. Nach einem offenen Brief der „Roten Hilfe“ an den Reichspräsidenten ist es besonders dieser, der die Schuld daran trägt, daß von den Gerichten mit ungleichem Maß gemessen wird und daß das Amnestiegesetz auf sich warten läßt. Den gläubigen Lesern wird die Vorstellung beigebracht, als ob der deutsche Reichspräsident eine Art Großmogul oder russischer Diktator wäre, der die Urteile der Gerichte macht und die Gesetze allein diktiert. So macht der „Offene Brief“ den Reichspräsidenten u. a. dafür verantwortlich, daß — Ludendorff in München freigesprochen wurde. Er macht ihn verantwortlich für die hohen Freiheitsstrafen, die gegen Teilnehmer an kommunistischen Aufständen verhängt wurden, und schließlich mit der Forderung, der Reichspräsident solle „die ihm durch die Verfassung gegebenen Vollmachten benutzen und die neue Reichsregierung sofort zur Einbringung eines Reichsamnestiegesetzes veranlassen“.

Daß der „Offene Brief“ von oben bis unten mit Schimpereien durchtränkt ist, versteht sich von selbst. Dagegen machen sich seine Verfasser gar kein Kopfschütteln darüber, wie der Reichspräsident die Regierung zur Einbringung eines bestimmten Gesetzes „veranlassen“ kann.

Blieben die Kommunisten bei ihrem bisherigen Verhalten, so werden sie sich auch weiter den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß es ihnen nur darauf ankommt, mit erlogenen Behauptungen gegen die Sozialdemokratie zu hetzen, und daß ihnen das Schicksal der Gefangenen vollkommen gleichgültig ist.

## Die Krise der KPD.

Rebellion in Bremen.

Bremen, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im kommunistischen Parteibeirat „Nordwest“ führt der durch seinen Reichstagsradou bekannt gewordene Eppstein das Szepter. Von Zeit zu Zeit werden durch ihn einige oppositionelle eingekerkelte Kommunisten, die gegen die geistlose Politik der KPD-Zentrale rebellieren, aus der kommunistischen Partei herausgeworfen. In Bremen hat Eppstein jetzt einen neuen Kauschismus vorgenommen. Auf sein Treiben hin wurde der Bremer Kommunist Deisen aus der Partei ausgeschlossen. Deisen ist bei der vorletzten Reichstagswahl der kommunistische Spitzenkandidat für den Wahlkreis Weser-Ems gewesen, war längere Zeit verantwortlicher Redakteur und Geschäftsleiter des Bremer kommunistischen Organs und hat jahrelang die KPD. an hervorragender Stelle in der Bremer Bürgerschaft vertreten, bis man ihn bei der letzten Bürgerschaftswahl an eine aussichtslose Stelle setzte, wo er nicht wiedergewählt wurde. Mit Deisen, der als einziger kommunistischer Führer bei einem Teil der Bremer Arbeiterschaft noch ein gewisses Ansehen genoss, sind außerdem noch vier weitere Kommunisten aus der Bremer KPD. ausgeschlossen worden, darunter ein früheres Bürgerschaftsmitglied. Weiteren 16 kommunistischen Funktionären wurde noch eine kurze Gnadenfrist gelassen. Im

Verlauf dieser Zeit müssen sie entweder noch Eppsteins Pfeife langens oder die Reihen der KPD. verlassen. Diese Ausschlußepidemie läßt auf eine schwere Krise in der Bremer kommunistischen Organisation schließen, die sich bereits am 7. Dezember bei der Bürgerschaftswahl zeigte, wo die kommunistische Fraktion die Hälfte ihrer Mandate verlor.

## Völlige Zerlegung in Oldenburg.

Oldenburg, 7. Januar. (Eigener Bericht.) Innerhalb der kommunistischen Organisation in Wilhelmshaven-Rüstringen ist es zu einem Krad gekommen, der ein interessantes Streitlicht auf die kommunistische Bewegung in Oldenburg wirft. Nach scharfen Auseinandersetzungen ist der Landtagsabgeordnete Reimers aus der dortigen Parteiorganisation ausgeschieden mit der Begründung, diese Organisation sei so zerfahren und indifferent, daß er ihr nicht mehr angehören könne. Daraufhin ist er von seinem Landtagsmandat niederzulegen, erklärte Reimers seinen kommunistischen Freunden von gestern, daß er daran gar nicht denke. Mit Reimers sind noch einige weitere Kommunisten ausgeschieden. Die Bedeutungslosigkeit der Kommunisten im Oldenburgischen hat sich schon bei den letzten Gemeinde- und Reichstagswahlen sehr deutlich gezeigt. Die jetzt in Erscheinung getretenen Zerwürfnisse sind anscheinend eine Folge davon.

## Haftbefehl gegen drei Barmats.

Auch gegen Finanzrat Rube.

Wie der amtliche preussische Pressedienst erzählt, ist gegen die drei Brüder Julius, Henry und Isaac Barmat richterlicher Haftbefehl ergangen. Salomon Barmat ist auf freien Fuß gesetzt worden, weil mit Rücksicht auf seinen ungünstigen Gesundheitszustand Flußüberdacht nicht besteht. Gegen die vier Brüder Barmat sowie gegen Ministerdirektor a. D. Raug, Oberfinanzrat a. D. Hellwig, Finanzrat Rube, Kaufmann Fritz Wolff, Rechtsanwalt Rabino-witsch, Direktor Alfred Staud und Kaufmann Bruno Klenzke ist von der Staatsanwaltschaft Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragt worden.

Auch gegen Rube ist nunmehr richterlicher Haftbefehl erlassen worden; gegen Raug, Hellwig, Rabino-witsch, Klenzke und Staud war er bereits erlassen worden.

In der Angelegenheit Kutischer ist Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gegen die Beschuldigten beantragt worden.

## Eine demokratische Anfrage über die Staatsbank.

Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat folgende Große Anfrage eingebracht: „Durch die Wiffären Kutischer und Barmat erscheint die Kreditpolitik der Preussischen Staatsbank in überaus kesslichem Lichte. Wir fragen daher:

1. Welche Grundzüge sind seitens der zuständigen Stellen für die Kreditpolitik der Staatsbank nach der Infation aufgestellt worden? Wurde dahin gewirkt, daß die Kreditgewährung der Staatsbank sich in grundsätzlicher Übereinstimmung mit der Politik der Reichsbank befand?
2. Ist der Staatsbankpräsident angewiesen worden, die gegebenen Richtlinien streng einzuhalten, und wurde, wie bei jeder anderen Bank, die Hergabe größerer Kredite an die Genehmigung der obersten Leitung geknüpft?
3. Ist Anweisung dahin ergangen, daß Kredite für spekulative Zwecke überhaupt zu unterbleiben hätten?
4. Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um klare Grundzüge für die Kreditpolitik der Staatsbank aufzustellen und ihre Einhaltung gemäß dem Charakter des Institutes zu sichern?
5. Ist die Staatsregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Staatsbank unter Ausschließung spekulativer Tendenzen in höherem Maße in den Dienst der soliden produktiven Wirtschaft gestellt wird?
6. Warum hat der Herr Finanzminister den vom Landtag angelegten Sachverständigenbeirat der Generaldirektion noch nicht eingerichtet?“

## Das höhere Wesen.

Von G. B. Henne.

Mit jahrlängiger Stenographie las ich irgendwas — ich glaube bei Hans Reimann —, es gäbe in Deutschland, heute noch, eine unübersichtliche Schar aufrecht gehender Säugetiere, die nicht beirren, daß unserer früherer, „heißgeliebter“, „angestammter“ Kaiser — „Gott erhalte ihn!“ (mit Augenaufschlag) — und all die herrlichen Feinschnittstücke seines Samens und all die Gottes-Gnaden-Teilhaber, die Anno Tabak mit ihm „geherischt“ haben, samt und sonders nicht mehr oder weniger waren, sind und bleiben, als sie, jene stumpfsinnigen Säugetiere, selber auch, nämlich: ganz gewöhnliche, erdgegebene, erdgegebene Wesen, — genau dasselbe, wie etwa ein Reiknecht oder ein Forstleude, wie dessen Wajshfrau, wie du, wie ich, wie meines Bruders Schwiegermutter oder der Hauptmann von Kopenitz.

Nun: ich habe einen traggratesten Beweis für diesen Götzendienst mit dem „Instrument des Himmels“, dem Intimus des Herrgotts, erfahren, — einen Beweis für die fast perverse Vernunftentfaltung der Nationalisten und Monarchisten, die vor „dynastischen Interessen“, in Demut erstarben.“

Ein Menschenbündel kniet sich vorm Schaufenster des „Intelligens-Blattes“ und summt, wie ein Bienenschwarm um die Königin, neugierig ums Allerwelts her. In die linke Ecke unten ist mit Koffschnecken ein Lichtbild des Czarenprinzen angeheftet: Da steht er, in modischem Gummimantel, fahrbereit hinter einem Motorweirad. Eine deutsche Jungfrau, die Freundin am Arm, betrachtet minutenlang den vielgeliebten Massenhelden und hält dann mit der geflüsterten Stimme ihres Herzens nicht hinterm Berg: „Er ist doch entsetzlich schön! Besonders die! Wie immer! Niwahr, Paula?“ Diese schlagfräftige Aeußerung leuchtet, klavierschwerer Gefühlsweil entthüllt mir auf einen Schlag die geschichtlich gewordene Entrechtung und Erniedrigung.

Ich verweile noch und schlucke und würde, da ertönt verhalten eine zweite, eine Männerstimme, die von „unserem zukünftigen Herrscher“ spricht. Ein älteres Ehepaar, „bessere Leute“, steht vor dem Bild. Der Mann sagt: „Sein Rad trägt die Nummer 65 549. Wir wollen unser Lotterielos umtauschen.“ Die Frau öffnet umständlich eine große Handtasche, greift eine Stütze heraus und beugt damit, indem sie sich vorneigt, die kleinen Ziffern auf dem weißen Nummernschild, nickt und lächelt, freudig, beglückt. Mein aufgeklärtes Selbstbewußtsein zwingt mich, Zweifel an der glücksmagnetischen Kraft dieser belanglosen Zahl schütteln, doch deutlich zu äußern; aber eilige Blicke aus vier blauen Eheaugen kühlen mich ab. Der Mann, indem der blonde Bartenbart sich sträubt, die Wolansaugen Blige prüfen, fährt mich an: „Sie sind nicht wert, ihm die Schuhriemen zu lösen! Sie! Sie!“

Ich hatte genug, Ich fürchtete für meine Backe, griff mit an die Fäden und entstellte.

## Eine Virtuofin der Zärtlichkeit.

(Russisches Gastspiel im Künstlertheater.)

Frau Germanowa ist nicht eine leibliche Verwandte der seligen Eleonore Duse, sondern nur deren Stiefschwester. Die russische Spielerin der Weichheit und schmelzenden Seelenbegehung wirkte außerordentlich bewegend, wenn sie in den Sphären ihrer heimatischen Dichter blieb. Dann aber, als sie sich nach einer Rolle umfah, die ihr größere Freiheit versprach, wollte sie ihr Temperament einzufließen, auf allen Tonleitern ihrer Stimme sich produzieren und zeigen, welchen Reichtum der Kunstmittel ihr die Natur geschenkt hat. Eleonore Duse dachte niemals an solche Verschwendung, obwohl sie auch, wie Frau Germanowa heute, durch die Länder und die Welt mit ihrer Virtuosität wanderte.

Was sich von Frau Germanowa sagen, loben, ja sogar bewundern läßt, das ist ihr märchenhaftes Virtuositentum im Zärtlichkeit. Als Elida Wangel, als Ibbens „Frau vom Meere“ spielt sie sofort eine materielle, man möchte sagen: überlastete und allzu kunstschöne Romanin. Sie macht aus einer merkwürdigen Frau sofort einen kindlichen Fall, und dann überrascht es, daß diese Künstlerin, eine Meisterin jedes Ausdrucksmittels, sich der feinen Mittelbedient. Nicht nur die Schminke, die ihrem leidenden Gesicht noch tiefere Leidensfurchen einträgt, nicht nur der Koffschnecht, der ihre herrlich melancholischen Augen noch trauriger umrandet, nicht nur die Gymnastik des Fingerpreizens, des Armelebens, der Körperkultur und des Kopfwertens werden von ihr bis zur Grenze des Erlaubten übertrieben, auch ihre schmelzende Stimme wird in solchen Augenblicken mißbraucht. Sehen wir sie, dann begreifen wir wiederum, daß es sehr wenige große Schauspielere gibt und gegeben hat, die ganz aus sich heraus, die nur als Sklaven ihrer inneren Flamme spielen. Die meisten eignen sich, wenn sie sehr tüchtig sind, eine Summe von Ausdrucksmethoden an, die sie mit vorzüglicher Technik durchbilden und der Bewunderung des Publikums ausliefern. Sie sind Virtuosen. Die Virtuosen sind die genialen Dämonen und Verfänger der Theaterfreunde. Es wird schon sehr sichtlich von ihnen gehandelt, wenn sie ihre Virtuosität nicht mißbrauchen. Frau Germanowa entgeht dieser Verführung nicht, wenn sie Ibbens spielt. Wie sollte sie es auch? Der Dichter selbst, den sie heute noch mit Ehrfurcht verflucht, hat in dieser Frau vom Meere ein Geschöpf erschaffen, dessen Kostbarkeit uns nicht gerade erfreut, sondern eher befremdet. Elida Wangel, in ihren Alltagsgewohnheiten eine Wasserfee wie die heidnische Melusine, in ihren Liebestunden aufgetan wie ein Gebirg berühmter Rerendärzte, ist eine sehr absonderliche Menschenpezialität. Wir lächeln schon ein wenig über sie, und da Frau Germanowa der Frau vom Meere noch allerhand Kinder-märchengeheimnisse andichten will, wird der Fall noch bedenklicher. Max Hochdorf.

Verleihen von Kunstwerken. Da Kunstwerke zurzeit so gut wie unerkäuflich sind, hat der wirtschaftliche Verband bildender Künstler Berlins einen Gedanken aufgegriffen, der der Künstlerchaft eine dauernde Einnahme sichert, ihre Produktion vor dem Verschleudern bewahrt und dem Publikum den Genuß guter Kunst auf einige Dauer ermöglicht. Der Verband hat einen Leihverehr eingerichtet, der sofort überall im Reich bei den Künstlern mit großem Anklang aufgenommen worden ist. Die Sache geht so vor sich: für eine Leihgebühr von 10 Goldmark bekommt man aus den Katalogen des wirtschaftlichen Verbandes ein Kunstwerk ins Haus geliefert. Die Versicherung trägt der Verband; der Entleiher ist verpflichtet, das Werk nur in seinen Wohn- oder Geschäftsräumen unterzubringen und für alle etwa vorkommenden Beschädigungen vollen Schadenersatz zu leisten. Für Meinungsverschiedenheiten aus dem Leihverhältnis soll der Spruch eines Schiedsgerichts bindend sein. Der Künstler behält die Möglichkeit, sein Bild während des Verleihs zu verkaufen, ja diese Möglichkeit wird ja noch durch das Bekanntwerden verstärkt. In Amerika hat man, wie es heißt, mit solchen Verleihen seit langen Jahren gute Erfahrungen sogar bei der Verdrängung des Reiches gemacht. Da Künstler aller Richtungen dem wirtschaftlichen Verbande angehören, kann jeder Geschmad beim Ausleihen der Werke sich befriedigen. Der Leihverehr soll zuerst in Berlin eingerichtet werden; später denkt man ihn auch in den anderen wirtschaftlichen Verbänden durchzuführen und vielleicht einmal alle verleihbaren Werke in einer großen Ausstellung zu zeigen.

Radio als Konkurrenz des Theaters. Sieben bis acht Millionen Zuhörer wohnten dieser Tage einem ausgezeichneten Konzert in der Metropolitanoper von New York bei; freilich nicht im Parkett und auf den Rängen — denn diese waren nahezu leer — sondern dazwischen. Acht Senderstationen trugen die Töne der hervorragenden Künstler über den ganzen Kontinent, und dank der höchstentwickelten Rundfunktechnik, wie sie Amerika hat, war die Übertragung so ausgezeichnet, daß sich der Rundfunkteilnehmer selbst in den entferntesten Weltteilen einen ungetrübten Kunstgenuss verschaffen konnte. Der Erfolg dieser Veranstaltung wird in Amerika mit großem Beifall begrüßt. Es gibt allerdings auch Leute, die dieser Neuerung mißgünstig gegenübersehen, das sind die amerikanischen Theaterdirektoren. „Wo kommen wir hin“, fragen sie, „wenn unser Publikum, das sich sonst in dichten Haufen an der Kasse drängte und hohe Eintrittspreise bezahlte, zu Hause bleiben kann und umsonst die Vorstellung hört?“ Man merkt schon jetzt eine starke Abnahme des Theaterbesuchs, und die Theaterdirektoren befürchten allen Ernstes schwere finanzielle Schädigungen durch die Betätigung des Rundfunks auf diesem Gebiet. Sie weisen darauf hin, daß schon das Kino dem Theater einen schweren Stoß versetzt und ihm die Massen entfremdet hat. Der Rundfunk, so glaubt man, wird diese Entwicklung vollenden und die Schauspielerei vollends illusorisch machen.

Vorträge. In der Gesellschaft für Sexualreform spricht Donnerstag 8 Uhr, in der Schulstraße Friedrichstr. 126, Dr. Kuslender über: „Das Sexualproblem und die iranische Revolution.“ — Im Volkshausmuseum spricht Donnerstag 8 Uhr, Dr. Hans Knudsen über: „Bühner und Straße“ als Vorbilder der realistischen Dichtung. In der Goethe-Bühne geben Freitag unter der Regie von Albert Berthold „Einige Menschen“ von Gerhart Hauptmann in Szene. Polytechnische Gesellschaft in Berlin. Am 9. d. M., 8 Uhr, im Weissenhofgebäude, Köpenicker Str. 38: Vortrag des Oberingenieurs Dr. Freudenberg über: „Der Kleinmotor“ mit begleitendem Film und Lichtbildern. Gänge willkommen.

Neues von der Atomforschung. „Daily Mail“ zufolge ist es dem Professor Bhabington in Leeds gelungen, den positiv geladenen Kern eines Atoms von den umgebenden Elektronen zu trennen. Eine andalusische Oga. Die „Welt“ berichtet aus Strassburg berichtet, daß sich dort eine Liga gegen die deutsche Kultur und den deutschen Gedanken in Elsas-Lothringen gebildet.

# Der Skandal der „Nationalpost“.

## Unanständige Verleumder.

Neben den Skandalen der Staatsbank liefen die Skandale der Sensationsberichterstattung her, daneben der Skandal einiger rechtsstehender Zeitungen, die die Gelegenheit zur Ausbreitung von Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und gegen den Reichspräsidenten benutzen wollten. Die beiden deutlichen Richtigstellungen von amtlicher Seite auf die Verleumdungen gegen den Reichspräsidenten und die Richtigstellung des „Vorwärts“ hat diese Stimmen zum verstummen gebracht.

Nur die „Nationalpost“ setzt die Verbreitung dieser schmutzigen Verleumdungen unter der Ueberschrift „Feitwaren und Sozialismus engros“ fort. Ihr Gewährsmann ist ein gewisser Wichotka. Dieser Herr war Mitglied des Bezirksverbandes Berlin des Reichsverbandes der deutschen Presse. Er wurde mehrfach vor das Ehrengericht gezogen, wobei sich seine mangelnde Glaubwürdigkeit herausstellte, so daß er aus dem Reichsverband austreten mußte. Dieser Herr ist dem offiziellen Parteorgan der Deutschnationalen glaubhaft genug, daß es seine Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und gegen den Reichspräsidenten wiedergibt — trotz der ergangenen Dementis.

Die „Nationalpost“ macht sich auch die Methoden dieses Herrn zu eigen. Sie veröffentlicht seine Verleumdungen unter der Ueberschrift: „Barmats Prozente für die SPD-Kasse — durch Originalbrief erwiesen.“ Der „beweisende Originalbrief“ lautet:

„Julius Barmat, Amsterdam, 5. September 1924.“

Herr Heilmann.

Von Herrn Baron v. Nathau wurde mir Herr B. . . . Mitarbeiter von „the word“, empfohlen, und da ich, wie ich Dir schon wiederholt auseinandergesetzt habe, eine bessere Information der hiesigen Presse über deutsche Fragen sehr an der Zeit erachte, doch für „the word“ nehme ich hiermit Betanlassung, genannten Herrn an Dich zu verweisen.

Herr B. . . . wird Dir dieses Schreiben persönlich überreichen. Bei diesem Anlaß bringe ich Dir zur Kenntnis, daß Krueger morgen zu einer dringenden Sitzung nach Weimar abreist; er ist Sonntag vormittag im Bureau des Reichspräsidenten anzutreffen, aber schon Mittwoch nach Amsterdam zurückzufahren gedenkt. Es wäre mir erwünscht, wenn Du mir gegebenenfalls durch ihn Nachrichten übermitteln würdest.

Mit herzlichem Gruß  
Dein gez. Barmat.

Wie gehts? Nächsten Montag ist die erste Sitzung des Aufsichtsrats des „Dagblad“. Also die Arbeit fängt dann an!

Grüße auch Deiner lieben Familie. Infs.“

Aus dem Brief geht hervor, daß Barmat sich für die sozialistische „erdamer Tageszeitung „Vorwärts“ interessierte, deren Berliner Korrespondent Genosse Heilmann war — was jeder Zeitungsredaktion bekannt sein dürfte. Weiter beweist der Brief nichts. Wo sind die Beweise für die Prozeduren der SPD-Kasse? Die Redaktion der „Nationalpost“ meint zu glauben, daß, weil Franz Krueger tot ist, sie jeden Schwindel und jede Verleumdung gegen ihn verbreiten dürfe. Zur weiteren Kennzeichnung der „Nationalpost“: sie schreibt jetzt: Barmat hat im Weltkrieg die deutsche Front erdolcht! Man lese und staune:

„1916 siedelt das Sekretariat der zweiten Internationalen nach Amsterdam über. Es findet Aufnahme in Barmats Haus. Barmats Haus liegt in der Kaiser-Gracht in Amsterdam. Wenige Schritte weiter befindet sich die berühmte D-fabrikzentrale. Flugblätter in Rollen und allerlei Gelder gehen von dort an die Front. Sarte Fäden spinnen sich bald zwischen beiden Häusern her und hin. Barmat hat also nicht nur den Dolch des Reichsbanners (Kontor: Rerur-Bank) geschliffen. Bei Beginn der Revolution wird das Geschäft rentabel. Barmat verlegt das Feld seiner Tätigkeit offiziell nach Deutschland und erhält dort sofort das Einfuhrmonopol für Feitwaren.“

Also: um das Feitwarengeschäft von Barmat willen hat die Zweite Internationale die deutsche Front erdolcht. Diese Behauptung ist so insam, aber auch so unlogisch dumm, daß es genügt, sie der allgemeinen Verachtung preiszugeben. Sie zeigt nur, daß die ganze Dolchschleifendenbildung der Deutschnationalen gemeiner Schwindel ist.

Es ist ein offenkundiger Skandal, wenn das offizielle Organ einer großen Partei, gestützt auf Behauptungen eines Verleumders, dessen Unwahrhaftigkeit notorisch ist, zu Methoden greift, die mit journalistischem Anstand nichts mehr zu tun haben.

Wir haben am 1. Januar einen Beleg für die Geschäftsmethoden der „Nationalpost“, der offiziellen Tageszeitung der Deutschnationalen in Berlin, beigebracht. Es handelte sich um einen Brief der „Nationalpost“ an einen Lieferanten und eine Beschwerde des Lieferanten darüber, daß er trotz aller Bemühungen nicht zu seinem Gelde kommen könne.

Nun sendet uns der Verlag der „Nationalpost“ folgende Berichtigung:

„In Ihrer Nummer 1 vom 1. Januar d. J. beschäftigen Sie sich mit den „Finanzen der Nationalpost“. Da die in dem betreffenden Aufsatz gemachten Angaben in verschiedenen Beziehungen den Tatsachen nicht entsprechen, ersuchen Sie die Unterzeichneten unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes um die Aufnahme nachstehender Berichtigung:

1. Es ist unrichtig, daß die „Nationalpost“ G. m. b. H. gerichtlich noch gar nicht eingetragen ist. Richtig ist vielmehr, daß unsere Firma seit 22. April 1922 unter Nummer 122 H R B 24 115 in das Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen ist.

2. Es ist unwahr, daß Herausgeber oder Verlag von irgendeinem Lieferanten verklagt worden seien. Richtig ist vielmehr, daß uns eine derartige Klage bisher von keiner Seite zugegangen ist.

3. Es ist unwahr, daß auch eine Menge anderer Leidtragender, darunter sogar Botenfrauen und Radfahrer, nicht zu ihrem Geld kommen können.“ Richtig ist vielmehr, daß die Gehalts- und Lohnempfänger der „Nationalpost“ stets ordnungsgemäß abgefunden worden sind. Im übrigen kommt die „Nationalpost“ ihren Verpflichtungen in den üblichen Grenzen und Fristen nach.“

Der Verlag der „Nationalpost“ geht um den Kern der Frage herum. Er bestreitet nicht, daß er den von uns wiedergegebenen Brief an seine Lieferanten gelandt hat, in dem er um Hinausschiebung der Zahlungen bittet. Er kann nicht bestreiten, daß es dem Lieferanten, der sich über ihn beschwerte, trotz persönlicher Vorgespräche, trotz Aufforderung durch seinen Rechtsbeistand nicht gelungen ist, Zahlung zu erhalten. Das sind die „üblichen Grenzen und Fristen“ der

„Nationalpost“. Es ist immerhin interessant, daß die „Nationalpost“ ausgerechnet die unsolidesten Geschäftsmethoden als üblich ansieht.

Der Kern der Frage ist: hat sie ihre Lieferanten bezahlt oder nicht? Sie hat — zum mindesten in dem von uns angeführten Falle — nicht gezahlt.

## Reform der Festtage.

Der Verlauf und die Gruppierung der letzten Festtage des Jahres 1924 hat wieder einmal gezeigt, daß das starre Festhalten der kirchlichen Hierarchie an traditionell gewordenen Festtagen in einer Zeit hochentwickelter industrieller Wirtschaft eine Unmöglichkeit ist. Wie lagen die letzten Festtage?

Der 21. war der letzte Sonntag vor dem Fest, dann kamen zwei volle Arbeitstage, darauf ein halber, der 24., dann zwei volle Festtage, darauf ein Arbeitstag, dann wieder ein Ruhetag (Sonntag, der 28.), wieder zwei Arbeitstage. Der 31. gilt nur als halber Arbeitstag. Darauf wieder ein Festtag, dann abermals zwei Arbeitstage, wieder ein Sonntag, und nun erst, nach dem 4. Januar, feiert die gereizte Arbeit wieder ein. Das Ganze ist ein Bild unglaublicher Zerrissenheit, unter der nicht etwa die ganze Arbeit leidet, sondern die Menschen selber keifisch, weil sie gar nicht instande sind, sich fortwährend von der Ruhe zur kurzen Arbeit umzustellen. Angestellte und Beamte mit festen Monatsbezügen haben es noch verhältnismäßig gut, wenn der zwischen den Feiertagen liegende „Arbeitstag“ von verständigen Arbeitgebern und Behörden einfach fallen gelassen wird. Die auf Stundenlohn gestellte Arbeiterschaft aber hat hier wieder, wie bei jedem christlichen Fest, eine gewaltige Einbuße erlitten, denn sie hat vier ganze Tage keinen Lohn bekommen. Wundern man sich da noch, wenn die Arbeiter, denen die Festtage als Ruhetage an sich recht willkommen sind, von Festtagen wenig wissen wollen, bei denen sie aus ihrer Tasche zahlen müssen?

Im neuen Jahr 1925 wird es nicht viel anders sein. Der letzte Sonntag vor dem Fest ist der 20. Dezember, darauf 3/4 Arbeitstage. Der 24. ist am Donnerstag. Dann drei Feiertage hintereinander: Zwei Weihnachtsstage und im Anschluß daran, hier besser gelegen als im Jahr 1924, der Sonntag. Darauf wieder 3/4 Arbeitstage. Silvester am Donnerstag, Neujahr am Freitag, wieder ein Arbeitstag, dann Sonntag, und darauf erst beginnt wieder die regelmäßige Arbeitszeit. Also auch hier in der Gruppierung der Feiertage, Sonntag und Arbeitstage eine starke Unruhe und Zerrissenheit. Auch die in jedem Jahr sich nach der Rundstellung ändernde Lage des Oster- und Pfingstfestes bringt eine starke Unruhe in das Arbeitsjahr. Diese Zustände sind wiederholt Gegenstand ernster Kritik gewesen. Man hat vorgeschlagen, Ostern und Pfingsten fest zu machen in der Weise, daß Ostern etwa auf den ersten Sonntag nach dem 1. April bzw. 1. Mai und Pfingsten auf den ersten Sonntag nach dem 1. Juni fällt bzw. 1. Juni. Über diese Vorschläge sind bisher ständig an dem Widerstand der Kirchen gescheitert. Man hat ferner vorgeschlagen, das ganze Jahr in 12 Monate zu je 30 Tagen = 360 Tagen einzuteilen und die letzten 5 bzw. 6 Tage gewissermaßen aus dem Jahr herauszunehmen und sie als „heilige Woche“ zu bezeichnen, die mit dem Weihnachtsfest beginnt und mit dem Neujahrsfest schließt. Auch dieser Vorschlag ist von den Kirchen abgelehnt worden.

Erst seit dem 4. Jahrhundert wird Weihnachten als das christliche Hauptfest gefeiert. Ebenso wenig gab es im ersten Jahrhundert ein christliches Oster- und Pfingstfest. Wenn also der Kirche daran gelegen ist, diese Feste zu erhalten, so sollte sie sich bemühen, den Forderungen der neuen Zeit gerecht zu werden. Die katholische Kirche hat das bereits getan, als sie vor dem Krieg dazu schritt, eine Anzahl Feste auf den Sonntag zu verlegen. Auch die evangelische Kirche könnte sich in dieser Richtung etwas modernisieren. Oder glaubt man, die Welt würde aus ihren Angeln fallen, wenn man etwa den Weihnachtsabend auf den 28. Dezember, die Festtage auf den 29. und 30. verlegt, so daß sich Silvester und Neujahrsfest sogleich anschließen. Beide Kirchen sollten sich dann aber auch dafür einsetzen, daß den Arbeitern an den großen kirchlichen Feiertagen der Lohn nicht entzogen wird. Das wäre dann ein Stück praktischen Christentums der christlichen Arbeitgeber, Unternehmer und Kapitalisten.

## Der Liebesbrief an einen Zwölfjährigen.

„Mein letztes Glück“ los vor einigen Wochen eine Frau aus Niederschönhausen auf einem feinen Papier, den sie in ihrem Korbe fand. Bei sie wurde, daß ihr jetzt 14 Jahre alter Eitelsohn Otto D., dessen Vater tot ist, Papier zerrissen und in den Korbe geworfen hatte, so stufte sie, räumte den Papierkorb aus, legte die Fetze zusammen und erhielt so einen glühenden Liebesbrief, den die 53 Jahre alte Prinzeßin St. aus Niederschönhausen an den Jungen geschrieben hatte. Die Bekehrin nannte ihn „Ihr letztes Glück“. Sie stehe wie sie schrieb, vor dem Abschluß ihrer Jugend, und mit ihm wolle sie ihre Liebe beschließen. Der junge D. war ihr einmal bei einer Märchenaufführung aufgefallen. Die Mutter des Knaben war den Tag über meistens von Hause weg, weil sie in einem Kontor beschäftigt ist. Ihr fiel nichts an dem Jungen auf und ebensowenig an seiner neun Jahre alten Schwester. Um so peinlicher war sie überrascht von dem Liebesbrief. Sie wandte sich an die Kriminalpolizei, der gegenüber die Bekehrin gestanden haben soll, geschichtlichen Umgang mit dem Jungen gehabt zu haben. Sie behauptete, von dem Zwölfeinhalbjährigen verführt zu sein. Die Folge soll weiter gewesen sein, daß sich der Knabe seit längerer Zeit versteckt an seiner jetzt neun Jahre alten Schwester vergangen hat. Die Bekehrin wurde heute vormittag von der Kriminalpolizei in ihrer Wohnung verhaftet und wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

## Gold- und Silberdiebe in Potsdam.

Auf die Vertrauensseligkeit alleinstehender Potsdamer Damen hatte es der fleißigste Kaufmann A. aus Berlin abgesehen. A. mietete mit Vorliebe bei diesen Damen ein Zimmer und nach kurzer Zeit ließ er, wenn er angeblich wegen Familienangelegenheiten wieder auszog, kostbares Silber mit sich geben. Das Potsdamer Amtsgericht verurteilte A. zu 5 Monaten Gefängnis und wegen der Gemeingefährlichkeit seines Treibens zu 3 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte entkaufte sich damit, daß die Damen ihm A. beargrohes Vertrauen entgegengebracht hätten. — Kaum ist dieser Möbierte hinter Schloß und Riegel gebracht, als auch schon ein neuer Gauner, der sich Dr. Stoltenberg nennt, in Potsdam auftritt. Der „Doktor“ läßt Gold- und Silbersachen bei der Wohnungssuche mit sich gehen.

## Ein unsauberer Theaterkid.

Nicht wenige Berliner Einwohner erhielten in den letzten Tagen durch die Post eine Anzahl Anweisungen auf Eintrittskarten zur Dienstag-Abendvorstellung im Renaissance-Theater am Anie in Charlottenburg. Als Absender dieser Anweisungen war ein Mann mit Telefonanschlus Nachiplog angegeben. Auf dorthin gerichtete telefonische Anfragen wurde erwidert, daß die Anweisungen gegen Entrichtung der Aufbarteissteuer, die z. B. für Bolton-Mitte nur 50 Pf. betrage, an der Abendkasse gegen Eintrittskarten umgetauscht würden. Ein unschöner Herr war außerdem noch so vorsichtig, beim Renaissance-Theater selbst anzurufen, ob diese Verwendung im Einverständnis mit dem Theater erfolge, was bejaht wurde; die Frage, ob nicht durch eine

Massenverfälschung viel mehr Besucher angelockt würden, als Plätze vorhanden sind, wurde entschieden verneint. Am Dienstag abend fanden sich jedoch so viele Empfänger dieser Biletanweisungen in und vor dem Renaissance-Theater ein, daß ein ungeheurer Andrang entstand und die verfügbaren Plätze des kleinen Hauses im Nu weg waren. Es gab erregte Szenen, da die leer ausgegangenen entrüstet darüber waren, daß ihnen der Abend verborben war. Da man mit der Wiederholung solcher Wander rechnen muß, mögen die Ordnungs- und Aufsichtsbahörden hier einmal nach dem Rechten sehen.

## Vergiftungen im Krankenhaus Neukölln?

### Ein Protest der Kerkerschaft.

Das Städtische Krankenhaus Neukölln übermittelt eine von 40 Ärzten unterschriebene Erklärung, die sich gegen die Mißstände in der Verpflegung richtet. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Am Städtischen Krankenhaus Neukölln herrschen hinsichtlich der Verpflegung der Kerkerschaft Zustände, die eine Flucht in die Dessenität dringend notwendig machen. Seit mehr als einem Jahre treten bei einer großen Anzahl von Ärzten noch dem Genusse der vom Hause gelieferten Verpflegung immer wieder akute Vergiftungserscheinungen mit Störung des Allgemeinbefindens, ruhvortigem Durchfall, Erbrechen und Herzschädigungen auf, die durch spezialisierte Untersuchung bestätigt wurden. Diese wiederholten Nahrungsmittelvergiftungen haben bei einem Teil der bereits längere Zeit im Krankenhaus tätigen Assistenzärzte zu chronischem Magen- und Darmleiden geführt. Es sei ausdrücklich festgesetzt, daß sich niemals bei Patienten des gleichen Krankenhauses Erscheinungen infolge des Essens zeigten. Trotz zahlreicher immer wieder bei den zuständigen Dienststellen vorgebrachter Proteste ist es nicht gelungen, die Mißstände abzustellen, deren Ursache selbst durch Untersuchung von autoritativer Seite nicht ermittelt werden konnte. Obwohl dem Magistrat diese empörenden Zustände bekannt sind, zwingt er die Kerkerschaft, weiter an der Verpflegung teilzunehmen und sich dadurch Schädigungen auszusetzen, die glücklicherweise aus unserem Krankenhaus noch nicht zu ähnlichen traurigen Folgen geführt haben, wie seinerzeit in der Heilstätte Böbersdorf. Es liegt auf der Hand, daß durch diese Vorkommnisse nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Arbeitsfähigkeit der Assistenten, die die Verantwortung für zahlreiche Kranke tragen, beträchtlich leidet. Dessen ungeachtet hat die Kerkerschaft bisher unter Hintanhaltung ihrer Gewohnheit sich mit Berichtigungen und unzureichenden Maßnahmen seitens der Verwaltung begnügt. Erst letzthin erneut aufgetretene äußerst bedrohliche Erkrankungen noch Genuß der gelieferten Nahrungsmittel führten zu dem einstimmigen Beschluß, zur Vermeidung weiterer Unheils die Annahme der gelieferten Verpflegung zu verweigern.“

Auch im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin beschloß man sich bereits sehr eingehend mit diesen Vorfällen, die allem Anschein nach auf das kriminelle Gebiet hinüberweisen. Man ist an maßgebender Stelle der Ansicht, daß irgendeine Befand, die vorläufig noch unbekannt ist, aus bestimmten Gründen oder aus Rache den Ärzten starke Abführmittel in das für sie bestimmte Essen gemischt hat und daß auf diese Weise die rätselhaften Erkrankungen eine Erklärung finden.

## Täglich 80 000 Neu-Anmeldungen zum Rundfunk.

Man hört hier und dort die Bemerkung, das Interesse am Rundfunk lasse in Deutschland in letzter Zeit allgemein nach. Diese Behauptung steht mit den Tatsachen im Widerspruch. Täglich gehen nicht weniger als 80 000 Neu-Anmeldungen bei der Post ein. Im ganzen gesehen, entbehrt also die Befürchtung, daß das Interesse am Rundfunk nachlasse, durchaus der Begründung. Lediglich rührt das Gerücht aus Kreisen der Funkbauer her, die in ihrem Bereich ein Abflauen des technischen Interesses am Rundfunk feststellen glauben. Das ist an sich natürlich auch bedauerlich; denn bei einem Bergleite des technischen Verständnisses deutscher Volkstriebe mit dem englischer und amerikanischer Schneider Deutschland sehr schlecht ab ein Umstand, der bei der Bedeutung der Technik im modernen Wirtschaftskampf immerhin zu bereden gibt. Doch vom Rundfunk aus gesehen, liegt kein Anlaß zu Befürchtungen vor. Auch die Industrie weiß nichts von einer Abschwächung des Marktes; sie stellt im Gegenteil schon im Herbst ein Steigen der Kaufkraft fest und bezieht die Große Deutsche Funkausstellung Anfang Dezember als einen vollen Erfolg. Lediglich werden für gute Apparate schon gewisse Lieferfristen verlangt. Somit darf damit gerechnet werden, daß die Bevölkerung den weiteren Ausbau des Rundfunkwesens wie bisher mit wachsender Teilnahme beantworten wird.

Ein geheimnisvoller Mordfall. Zwei jugendliche Arbeiterinnen aus Friedrichshagen wurden nach ihrer Angabe auf dem Nachhausewege im Walde zwischen Hirschgarten und Friedrichshagen am Sportplatz Burund von einem etwa 30 Jahre alten Mann überfallen, der versuchte, eins der beiden Mädchen zu vergewaltigen. Er ließ jedoch auf die Hilferufe der Mädchen von seinem Vorhaben ab und entfloh. Die Nachforschungen waren bisher ohne Erfolg.

Ein Bolle-Laden ausgeräumt. Heute nacht wurde in der Prinz-Eugen-Strasse in Reinickendorf die Schaufensterscheibe der Filiale der Weierei Bolle eingeschlagen und der Laden vollständig ausgeräumt.

## Ein „Gaumann“ in Rumänien.

Nach einer Meldung aus Lodz beginnt demnächst in Szabolmar (Rumänien) der Prozeß gegen den Kaufmann und ehemaligen Synagogentator Jakob Reinitz, dem 14 Morde zur Last gelegt werden. Er soll außerdem noch viele andere Mordtaten verübt haben, die noch nicht aufgeführt werden konnten. Der Angeklagte wurde über hundertmal vom Untersuchungsrichter verhört, erhärtet sich bis jetzt aber immer noch für unschuldig. Er trieb in Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei sein Unwesen. Der Mörder war Synagogentator in ungarischen Städtchen Terecske. Schon damals soll er einen Mord verübt haben. Im Jahre 1920 nahm er in seiner Vaterstadt Szabolmar Wohnung, wo bald darauf verschiedene Personen auf rätselhafte Weise verschwanden. Der Verdacht fiel auf Reinitz, der auch verhaftet wurde. Wie es sich herausstellte, tötete er seine Opfer an, indem er ihnen Hilfe als Dolmetscher anbot. Unterwegs erschlug er sie und nahm ihnen das Geld ab.

Hochnasser in Frankreich. Die Ueberschwemmung in der Bretagne hat einen besorgniserregenden Umfang angenommen. Nach den letzten Meldungen sieht die Stadt Pontion zum großen Teil unter Wasser. Hunderte von Einwohnern sind aus ihren Wohnungen geflüchtet. Sämtliche Fabriken liegen still.

Ein deutscher Dreimastkruiser havariert. Der deutsche Dreimastkruiser „Gustav Stein“ aus Hamburg wurde havariert nach Frederikshavn eingeschleppt.

Stapelauß des Kreuzers Emden. Wilhelmshaven, 7. Januar. Auf der Marinewerft ist heute der Kreuzer Emden, der erste Neubau der Nachkriegszeit, vom Stapel gelassen. Die Laufrede hielt der Chef der Marinleitung, Admiral Zenker. Den Laufsteg selbst vollzog die Witwe des verstorbenen Kommandanten des ersten Kreuzers Emden, Frau von Müller.

Die gefährdete St.-Pauls-Kathedrale. Bei dem Gutachten, das der Bauauschuss für die berühmte St.-Pauls-Kathedrale in London abgegeben hat, scheint die erste Schätzung über die erforderlichen Arbeiten mit 3 Millionen £l zu niedrig gehalten zu sein. Von nicht nämlich jetzt davon, daß eine Summe von 10 Millionen £l nötig sei, um die Grundpfeiler zu stärken. Der Dom heißt nach dem Bericht der Kommission gegenwärtig eine Gefahr für die Stadt dar. Um diese zu beseitigen, müsse die Kathedrale während 20 Jahren für die Öffentlichkeit geschlossen werden. Andere alarmierende Meldungen sprechen davon, daß die ganze Kuppel abgetragen werden müsse.

# Gewerkschaftsbewegung

## Ein merkwürdiger Uebersetzungsfehler.

Gestaltungsmittel oder ein absichtlicher Uebersetzungsfehler? So muß man sich unwillkürlich fragen, wenn man die Bestimmungen der Rheinlandkommission in Koblenz, die aus Anlaß der Uebergabe des Regiebetriebes an die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft erlassen wurde, betrachtet. Der Artikel XII dieser Ordnungen lautet in der anscheinend bei der Rheinlandkommission selbst hergestellten Uebersetzung des Artikels XI wie folgt: „Die deutsche Abordnung bei der CSBE und die Bezirkseisenbahndirektionen müssen der CSBE und den betreffenden Untersektionen über alle Unglücksfälle, Unfälle, soziale Bewegungen innerhalb des Personals, Streikdrohungen, die geeignet sind, den Betrieb und die öffentliche Ordnung zu stören, unverzüglich Bericht erstatten.“ Dabei passiert den Herrschaften das „Versehen“, mouvements sociaux mit „sozialistische Bewegungen“ zu übersetzen, während es richtig heißen müßte „soziale Bewegungen“.

Verantwortlich für den Wortlaut der Veröffentlichungen, die an sehr viele Behörden in Deutschland versandt wurden, ist der beim Reichsanwalt für die besetzten Gebiete tätige Graf Adelman von Adelmansfelden. Hatte der Herr Graf ein besonderes Interesse daran, diesen Uebersetzungsfehler stehen zu lassen? Wo ist die Redaktion der Uebersetzung erfolgt? Wäre die Uebersetzung richtig, so müßten die französischen Worte „Mouvements socialistes“ heißen. Liegt hier etwa die Absicht zugrunde, die Arbeiterbewegung als solche zu treffen, oder was will man eigentlich mit dieser sonderbaren „Uebersetzung“ bezwecken?

## Verbindlichkeitserklärung gegen den Achtfundentag.

8½ bis 9 Stunden unter, 12 Stunden über Tage.  
Halle, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir soeben erfahren, ist der Schiedsspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau über Löhne, Arbeitszeit und Tarifvertrag vom Reichsarbeitsministerium in Berlin für verbindlich erklärt worden. Alle Einwendungen und Warnungen der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen haben es nicht vermocht, die Meinung des Reichsarbeitsministeriums zu ändern. Die Hauptschuld an diesem, für die Bergarbeiterschaft untragbarem Schiedsspruch tragen die Unorganisierten. Das nächste Ziel der Bergarbeiterschaft nämlich Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnaufbesserung, ist nur dann erreichbar, wenn unter den Unorganisierten endlich Einkehr Platz greift und die organisierten Ziffern beirätlich erhöht werden. Es steht zu hoffen, daß die fürchtbaren Rückschläge, die der Mangel ausreichender starker Organisation der Belegschaft gebracht haben, in der Bergarbeiterschaft endlich die nötige Erkenntnis und neuen Kampfeswillen finden läßt.

## „Keine Mehrarbeit für höheren Lohn.“

Mit dieser Ueberschrift verlag die IL einen Bericht aus Bochum, wonach die Betriebsverwaltung der Zeche „Blankenburg“ der Belegschaft das Bestreben stellte, anstatt 7 Stunden und einer Mehrstunde 8½ Stunden unter Tage zu arbeiten. Die Bergarbeiter dieser Zeche sollten dann ebenfalls den im letzten Schiedsspruch bei achtfundentägiger Arbeitszeit festgesetzten Lohn erhalten. Die Belegschaftsversammlung, die hierzu Stellung nahm, hat beschlossen: „Die Belegschaft von Zeche „Blankenburg“ und Vereinigte Hammerthal weist die Zumutungen einer Schichtverlängerung oder Lohnkürzung seitens der Verwaltung mit Entschiedenheit zurück. Für sie gelten nur die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen, an die sie sich immer halten wird. Der Betriebsrat wurde beauftragt, diese Entschiedenheit der Verwaltung mitzuteilen.“

Die Ueberschrift enthält einen Vorwurf gegen die Arbeiter, daß sie höheren Lohn ausschlagen, um keine Mehrarbeit zu leisten, ein Vorwurf, der ein Lob für die Arbeiter bedeutete. In Wirklichkeit verfuhr die Betriebsverwaltung, täglich eine halbe Stunde Mehrarbeit unter Tage zu erpressen, durch die Drohung, andernfalls nicht den durch verbindlich erklärten Schiedsspruch festgesetzten Tariflohn zu zahlen.

War es nicht die Absicht der IL, der an sich sachlichen Meldung durch ihre Ueberschrift einen tendenziösen Charakter zu geben, dann war es leichtfertig, eine solch irreführende Ueberschrift zu wählen.

## Zur Lohnbewegung der Saarbergarbeiter.

Die „Volkstimme“ schreibt zu der Lohnbewegung der Saarbergarbeiter, die die Tarife zum 15. Januar gekündigt haben: „Es gibt in der ganzen Welt keinen Unternehmer, der so günstige Rentabilitätsbedingungen hat, wie die Saargruben, die praktisch keinen Centimes Einlagekapital des französischen Staates in sich schließen und heute — nach dem Inkrafttreten des Dawes-Planes — tatsächlich für Frankreich einen „geschenkten Himmel“ darstellen.“ Das Blatt kommt zu diesem Ergebnis auf Grund der bisher über die Rentabilität der Saargruben bekanntgegebenen Zahlen und hält den von der Saarbergverwaltung gemachten Einwand der Unrentabilität für ungläubhaft. Die Haltung des Verwaltungsrates der Saargruben, auffallenderweise gerade in diesem Augenblick, müßte dazu führen, daß sie Zahlenmaterial als Unterlage ihrer Behauptung verweigern würde. Es heißt dann weiter, daß es sich bei der in den nächsten Tagen zu treffenden Entscheidung der französischen Berg-

werksverwaltung zeigen müsse, ob man dort den Ernst der Situation versteht und ob man aus den Zeiten großer Bergarbeiterstreiks — gemeint ist der 100-tägige Ausstand im Frühjahr 1923 — gelernt habe.

## Erfolgreicher Fischereiarbeiterstreik in Frankreich.

Paris, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Fischer und Fischkonservenarbeiter in Douarnenez hat am Dienstag nach sechswöchiger Dauer mit einem ruhigen Sieg der Arbeitnehmer seine endgültige Beilegung gefunden. Die Arbeit wird am Donnerstag sowohl in der Sardinenfischerei wie in den Konservenfabriken wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber haben die Lohnforderungen der Fischer und Arbeiter angenommen und auch in der strittigen Frage der Ueberstunden kapituliert. Außerdem haben sie sich verpflichtet, keinerlei Maßregelung wegen Beteiligung am Streik vorzunehmen.

## Der Streik im Don-Gebiet.

Moskau, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik in der Metallindustrie und den Kohlengruben des Donbeckens nimmt an Umfang zu. Außer den wirtschaftlichen werden auch politische Forderungen von den Streikenden gestellt, vor allem ein Verbot der Regierung, Getreide nach dem Auslande auszuführen, bevor nicht die Hungergeblete völlig versorgt sind. In den Streikzonen werden größere militärische Truppenmassen zusammengezogen.

## Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Die industrielle Bezirkskommission stellt fest, daß die Zahl der Arbeitslosen in Wien und Umgebung etwa 71 000 betrage. Da die Arbeitslosenziffer im übrigen Oesterreich ebenso hoch zu schätzen sei, so ergebe sich eine Gesamtziffer von 145 000, die sich bereits bedenklich der Höchstziffer der Arbeitslosen in Oesterreich seit Einleitung der Samierungsaktion nähert, die im März 1923 169 000 betrug.

## Vorlage zu einem Arbeitergesetz in Japan.

Einer Zuschrift aus Tokio, Ende November v. J., entnehmen wir: Vor den letzten Reichstagswahlen hatte sich die Kenseitai-Partei verpflichtet, ein Gesetzesvorlage für ein Arbeitergesetz im neuen Parlament einzubringen und durchzuführen. Diese Partei ist nunmehr zum führenden Faktor im Parlament und im Kabinett Kato geworden, und man hatte erhofft, daß die Vorlage ohne weiteres erfolgen werde. Nun ist aber eine Verzögerung in der Einbringung der Vorlage eingetreten und es heißt, es sei überhaupt zweifelhaft, ob sie noch in der kommenden Session erfolgen werde.

In wohlunterrichteten Kreisen will man nämlich wissen, daß sich innerhalb der führenden Industrie- und Handelskreise eine feste Opposition gegen die Vorlage erheben werde, so daß es für die Vorlegenden, also eben für die Kenseitai-Partei so gut wie ausgeschlossen sein werde, zum Ziele zu gelangen.

Der Entwurf der Vorlage ist bereits fertiggestellt, wie er auch dem Innenminister Wakajuki bereits vorgelegt worden ist. Er stammt vom Sozialen Bureau des Ministeriums. Einzelne Industrie- und Geschäftsleute haben, sobald die Sache „ruchbar“ wurde, alles getan, um den Fortgang der Angelegenheit zu hindern. Es liegt nun bei der zuständigen Stelle, ob die Vorlage überhaupt dem Reichstage noch in dieser, der 50. Session, zugehen wird oder nicht. Der parlamentarische Untersuchungskomitee für das Ministerium des Innern hat bereits erklärt, daß sie niemals auf den Tisch des Hauses gelegt werden würde.

Die verschiedenen Arbeiterorganisationen hoffen nun wieder, daß ihr eigener Entwurf, die sogenannte Arbeiterverbandsvorlage, zur Einbringung und Annahme gelangen werde. Sie wollen nochmals eine Konferenz zusammenberufen, um die Einzelheiten der Gesetzgebung durchzuberaten. Anfang Dezember will das „Institut für Soziale Arbeit“ die Angelegenheit in seiner Jahresversammlung aufnehmen.

Für jetzt ist nur das eine sicher, daß das Kapital im ersten Schirmzug siegreich geblieben ist.

Die große Organisation des Japanischen Bundes der Arbeitervereine hat bereits ihre Wünsche den Reichstagsmitgliedern in der Form mehrerer Punkte vorgetragen, von denen die wichtigsten sind, die im Gesetz Aufnahme zu finden hätten:

- Alle bestehenden Arbeitervereinigungen werden anerkannt;
- Der Zweck einer Arbeiterverbindung darf keinerlei Einschränkungen erfahren;
- Die Arbeiterverbindung genießt volle Handlungsfreiheit hinsichtlich der Anwendung ihrer Organisationen;
- Die Arbeiterverbindung darf nicht für Schäden haftbar gemacht werden;
- Die Handlungen der Arbeiterverbindung ist nach dem vorzuschlagenden Arbeitervereinsgesetz und nicht nach dem Bürgerlichen Gesetz zu regeln;
- Die Handlungen der Arbeiterverbindung dürfen nicht gestört werden, so lange sie in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Gesetz stehen;
- Geheime Versammlungen sollen wieder freigegeben werden.

**Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berlin.**  
Mitgliederbesprechung der Fachgruppe Stahlwerke Gemeinde Kupferberg, Rattow, Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3601 am Freitag, den 9. Januar, nachmittags 4½ Uhr im Restaurant „Wilhelmshof“, Berlin SW, Anhalterstr. 12

**Kleidung! SPD. Holzarbeiter der Ordeleute. Material abholen im Lokal Schwarzgr., Gabriel-Blog-Str. 17. Der Werksausschuß.**

# Wirtschaft

## Belebter Kohlenaußenhandel.

Wie der „Manchester Guardian“ aus Cardiff meldet, sind deutschseits kürzlich wieder einige bedeutende Lieferungsverträge abgeschlossen worden, so über 5000 Tonnen für die schwedischen Staatsbahn, 200 000 Tonnen für die italienische Eisenbahn, 50 000 Tonnen für die Pariser Elektrizitätswerke, 350 000 Tonnen für Rouen. In englischen und französischen Kohlenhandelskreisen führt man die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit deutscher Kohlen auf die Tatsache zurück, daß die in Deutschland erhobene Syndikatsumlage von 1,50 M. je abgesetzte Tonne Preisunterbietungen ermöglicht, die immer mehr den Charakter einer Dumping-Politik annehmen. Um nicht bei den nach dem Bordorer Protokoll im Wege von geschäftlichen Abmachungen zu leistenden Kohlenlieferungen der Preisbestimmung des Ruhrkohlen-Syndikats ausgeliefert zu sein, will man in Frankreich eine einheitliche Einkaufsorganisation für solche Kohle errichten. Ramentlich wird dieser Plan von den französischen Eisenindustriellen verfolgt. Wegen der starken Steigerung der französischen Kohlenförderung ist das Abnahmevermögen Frankreichs zurzeit ohnehin eingeschränkt, weshalb auch Frankreich an eine weitere Verminderung seines Reparationskohlenkontingents, vermutlich um 100 000 Tonnen monatlich, denkt. Bei den kommenden Verhandlungen wird die Kohlenpreisfrage mit die wichtigste Rolle spielen, jedenfalls wollen die französischen Abnehmer den bisherigen offiziellen Syndikatspreis nicht mehr gelten lassen.

**Anschluß der ober-schlesischen Eisenhütten an den polnischen Verband.** In einer Sitzung des Berg- und Hüttenmännlichen Vereins zu Katowitz haben, wie wir von dort aus dem Drahtwege erfahren, auf Initiative des Direktors der Friedenshütte, Dr. Glütz, die ober-schlesischen Eisenhütten einstimmig beschlossen, dem Verband der polnischen Eisenhütten in Warschau beizutreten.

**Steigende Eisenpreise.** Der von verschiedener Seite prophezeigte „Kollaps“ am Eisenmarkt ist, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet, nicht eingetreten. Es ist wohl auch kaum damit zu rechnen, daß sich die feste Tendenz auf kürzere Sicht erheblich abschwächen wird. Aus den bei den Werken eingehenden Anfragen wenigstens ist eher das Gegenteil zu schließen. Hierbei ist zu beachten, daß eine ganze Anzahl von Werken nach wie vor den Verkauf flüchtig hat, so daß sich die Nachfragen mehr auf die Unternehmungen konzentrieren, die noch in der Lage bzw. geneigt sind, Mengen abzugeben. Die Eisenpreise zeigen weiterhin aufsteigende Tendenz.

**Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen.** Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur fanden am 2. und 3. Januar im Ministerium des Aeußeren in Warschau eine Reihe von Besprechungen in Sachen des Abchlusses eines Handelsvertrages mit Deutschland statt. Es wurde beschlossen, eine polnische Abordnung nach Berlin zu entsenden, wo die Verhandlungen stattfinden. Die polnische Delegation wird von Dr. Stanislaus Karolowski geführt werden. Der polnische Gesandte in Berlin, Stanislaw, der an den früher genannten Beratungen teilgenommen hat, ist am Sonnabend abend nach Berlin abgereist.

**Japan will Kunstseide nach deutschem System fabrizieren.** Die Witui Duffon Kaifu, eine der größten Handels- und Exportfirmen Japans, gründet, wie der „Konfessionist“ erzählt, in Verbindung mit einer Reihe größerer Auslandsfirmen eine Kunstseidenfabrikations-Gesellschaft für Japan mit einem Kapital von zwanzig Millionen Yen. Allen Anschein nach wird sich die neue Gesellschaft für mehrere deutsche Verfahrensorten entwickeln, welche von Nobuhiro Yamawara, Professor an der Kaiserlichen Universität Kyoto, eingehend studiert und für ausgearbeitet behauptet worden sind.

**Verantwortlich für Politik:** Groß-Richter: Wirtschaftl. u. S. Oetters; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Realisation: A. A. Döhler; Schulen und Sonstiges: Felix Karst; Konsum: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW, Lindenstraße 2.

**1000**  
**Klasse - Strickwesten** mit **Stapelmuster**  
Strickkleider, -Kostüme, -Jumper, -Kinderkleidchen usw.  
**zum Inventurpreis**  
bis 15. Januar. :: Nur Einzelverkauf.  
**Bruno Richter & Co.,** Fabriklager **für Wallwaren**  
Bin.-Pankow, Mühlentstraße 1, Ecke Breite Straße.  
Jeder Weg lohnt. — Geschäftszeit 9-7 Uhr

**Der gute Kapilän-Kaufabak** ist in den meisten Zigarren-geschäften erhältlich  
**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3601

**Steppdecken**  
Eine preiswert, direkt Fabrik Bernhard Stromhandl. an Wallst. 12 III Spittelmarkt, u. Gehbelk u. Nikolaisburg, Pl. 2  
Reparaturen jeder Art

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Handbetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen, Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Weitere Riesen-Angebote aus unserem**

# Inventur-Ausverkauf

Hemdentuch 80 cm breit . . . Meter <b>55 Pf.</b>	Reinw.Popeline 105 cm breit . Meter <b>2<sup>45</sup></b>	Crepe de chine r. Seide, 100 cm br. Mtr. <b>4<sup>95</sup></b>		
Scheibengardinen . . . . . Stück <b>43 Pf.</b>	Oberhemden . . . <b>3<sup>00</sup></b>	Damenbatisttuch <b>12 Pf.</b>	Dam.-Untertailien <b>88 Pf.</b>	Hemd.-Barchent <b>65 Pf.</b>
pelzbesetzte Wintermäntel Stück jetzt <b>7<sup>00</sup></b>	Perkal u. Zephyrleinen . . . . . Meter <b>62 Pf.</b>	Kissen gestrichelt 42x56 . . . . . <b>90 Pf.</b>	Läufer gestrichelt . . . . . <b>1<sup>25</sup></b>	Gardinen Strohware . . . . . Meter <b>75 Pf.</b>
Kaffeewärmer gestrichelt . . . . . <b>65 Pf.</b>	Decke oval gestrichelt . . . . . <b>75 Pf.</b>	Tüll-Garnituren . . . . . <b>2<sup>00</sup></b>	3 Posten Kostümröcke Serie I <b>95 Pf.</b> Serie II <b>1<sup>90</sup></b> Serie III <b>2<sup>95</sup></b>	3 Posten Blusen . . . . . Serie I <b>95 Pf.</b> Serie II <b>1<sup>90</sup></b> Serie III <b>2<sup>95</sup></b>
ca. 3000 Mtr. Langette . . . . . 10 Mtr. <b>28 Pf.</b>	ca. 3000 Mtr. Schwellz. Stickerel Mtr. <b>28 Pf.</b>	ca. 3000 Dtz. Wäschekнопfe . . 3 Dtz. <b>22 Pf.</b>	ca. 2000 Mtr. Seidengummiband Mtr. <b>15 Pf.</b>	3 Posten Kleider . . . . . Serie I <b>2<sup>95</sup></b> Serie II <b>4<sup>05</sup></b> Serie III <b>6<sup>75</sup></b>

**Restbestände u. Gelegenheitsposten weit unter Preis!**  
**Ein Post. elegante Damenwäsche** leicht angestäubt  
Serie I **2<sup>00</sup>** Serie II **3<sup>00</sup>** Serie III **5<sup>00</sup>**  
Stück . . . . . Stück . . . . . Stück . . . . .

**Rest-Posten in Trikotagen**  
Kinderschlepper Damenschlepper Herrentrikothemden  
alle Größen **85 Pf.** gerauht **1<sup>75</sup>** wollgem. **2<sup>25</sup>**  
Stück . . . . . Stück . . . . . Stück . . . . .

**Etamine** kariert, 150 cm breit, Meter **88 Pf.**  
ca. 2500 Mtr. Kleider-Barchent  
Serie I **58 Pf.** Serie II **75 Pf.** Serie III **95 Pf.**

**Sternfeld NEUKÖLLN**  
Hermannstr. 210  
Beim Einkauf 5 M. an 1 Luftballon gratis